

Corona-Aufholprogramm

Falsche Prämisse, falsches Programm

Das "Aufholprogramm" von Bund und Ländern setzt vor allem schwächere Schüler unter Druck. Eine Hilfe ist das nicht.

Ein Gastbeitrag von [Marcel Helbig](#)

4. August 2021, 16:50 Uhr Editiert am 7. August 2021, 13:29 Uhr DIE ZEIT
Nr. 32/2021, 5. August 2021 [60 Kommentare](#)

[Aus der ZEIT Nr. 32/2021](#)



Nachhilfe in den Sommerferien in einer Grundschule © Sebastian Gollnow/dpa

Marcel Helbig forscht am Wissenschaftszentrum Berlin zu Bildungsungleichheiten.

Viele Schulen waren während der Pandemie über Monate geschlossen. Diese Ausnahmesituation stellte sich in einem Land ein, in dem die wenigsten Klassenzimmer digital ausgestattet waren, kaum eine Lehrkraft auf Fernunterricht vorbereitet war und das Internet mancherorts so schlecht funktionierte, dass keine Videokonferenz zwischen Schülern und Lehrern ohne Störungen verlief. Homeschooling bedeutete oftmals, ausgedruckte Aufgabenblätter zu bearbeiten. Monatelang haben viele Schülerinnen und Schüler psychisch unter den Schließungen gelitten, jede Motivation verloren und hinken nun in vielen Fächern dem Unterrichtsstoff hinterher. Das ist das traurige Bild der schulischen Bildung in Pandemiezeiten.

Und nun stellen Sie sich eine Bildungspolitik vor, die sagt: "Wir hatten ein ganz normales Schuljahr! Der Lernstoff konnte durch alle Schülerinnen und Schüler bewältigt werden. Wer diesem Anspruch nicht genügt, muss nun nacharbeiten, Stoff in der Freizeit nachholen oder gleich ein ganzes Schuljahr freiwillig wiederholen!"

Eine Bildungspolitik, die weder die Corona-Pandemie noch die Unzulänglichkeiten der Schulen für die Lerndefizite verantwortlich macht, sondern die Schüler selbst.

Hierfür brauchen Sie gar nicht so viel Fantasie. Denn genau dies ist die Prämisse des "Aufholprogramms" von Bund und Ländern, das zwei Milliarden Euro kosten soll.

Dieses Programm hat nicht nur eine falsche Prämisse, sondern zudem noch drei zentrale Konstruktionsfehler. Erstens, die Ferienkurse, Lernbrücken und Angebote, die im Sommer die Lücken schließen sollen, werden nicht von den Schülern wahrgenommen, die die größten Lerndefizite haben, sondern vor allem von Kindern aus mittleren und höheren Sozialschichten, die ohnehin weniger schulische Probleme haben.

Zweitens: fehlendes pädagogisches Personal. Baden-Württemberg verkündet, dass man aktuell im Programm "bridging the gap" 550 Lehramtsstudierende einsetzt, verschweigt aber, dass es im Südwesten 50.000 Klassen an den allgemeinbildenden Schulen gibt. In Mecklenburg-Vorpommern kaschiert man den Personalmangel erst gar nicht und verlagert die Förderung auf private Nachhilfeinstitute, für die sich die Eltern dann 12,50 Euro pro Stunde für maximal 30 Unterrichtsstunden erstatten lassen können. Wenn nur 25 Prozent der deutschen Schüler große Lerndefizite haben, dann reden wir hierbei von zwei Millionen Schülern. Und einen Lehrermangel gab es schon vor [Corona](#).

Sollten sich die Nachholprogramme, drittens, trotz aller struktureller Probleme (wie fehlender Ganztagsbetreuung) im nächsten Schuljahr in das Schulgeschehen integrieren lassen, erschließt sich nicht, wie gerade die schwächsten Schüler der Doppelbelastung standhalten sollen – den Schulstoff aus dem letzten Jahr aufzuholen und zusätzlich den neuen Stoff zu lernen. Die Programme setzen die schwächsten Schüler am stärksten unter Druck, nur damit sich diejenigen ihrer Mitschüler nicht langweilen, die besser durch die Corona-Monate gekommen sind.

Und nun stellen Sie sich alternativ vor, dass das nächste Schuljahr ganz anders beginnt. Schülerinnen und Schüler erarbeiten und wiederholen ohne zusätzlichen Druck den verlorenen Schulstoff mit ihren Lehrern. Möglichst kein Kind wird zurückgelassen. Stellen Sie sich vor, dass das neue Schuljahr mit Klassenfahrten, Wandertagen, Sportfesten und Projekttagen startet – mit Freude also, nicht mit Stress. Stellen Sie sich vor, dass der dann nicht absolvierte Schulstoff ins nächste Schuljahr verschoben wird und dessen Schulstoff ins übernächste, dass sich dadurch die Schulzeit für alle um ein halbes Jahr verlängert und das zusätzliche pädagogische Personal erst mittelfristig bereitgestellt werden muss.